

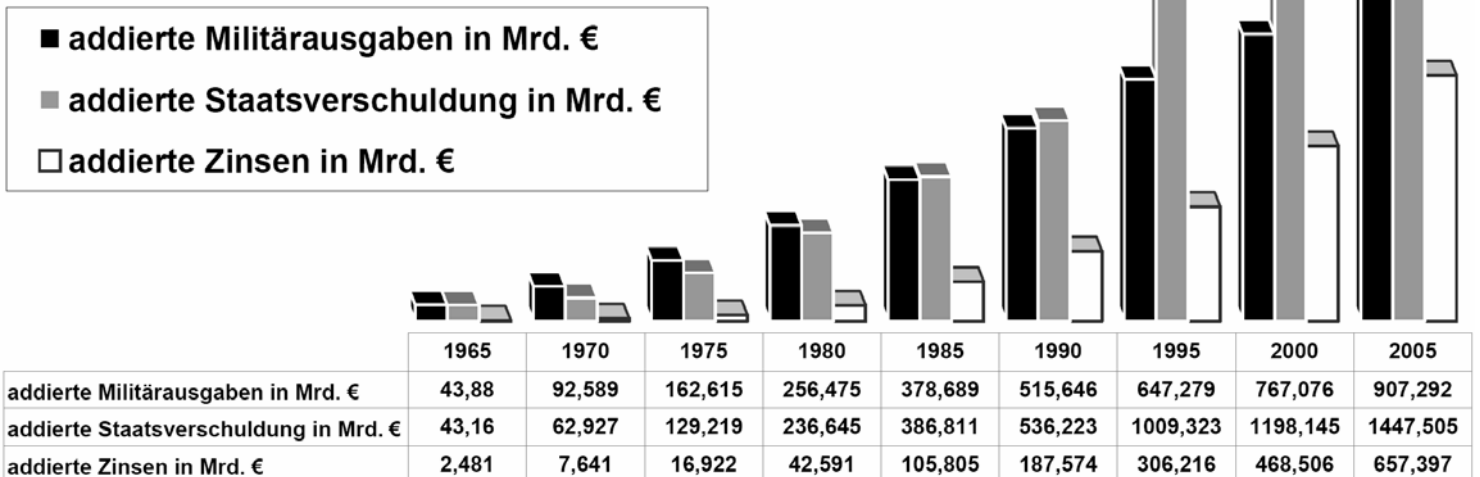
Vom Wirtschaftswunderland

zum "Sanierungsfall" Deutschland !

Schon 1965 - gerade 10 Jahre nach der Remilitarisierung - hatte Deutschland schon wieder Militärausgaben von umgerechnet 43,880 Milliarden Euro und auch entsprechend hohe Staatsschulden.

So begann - fast unbemerkt - der profitable Kreislauf von Gewinnen aus ständiger Waffenmodernisierung und den Zinserträgen für die zuvor gegebenen Kredite.

Bis 1989, dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren diese Ausgaben für das Militär schon bei 488,885 Milliarden Euro zuzüglich exponentiell wachsender Zinsen angelangt.



Grafik: www.buendnis-zukunft.de 090706/bauer

2005 betragen die Militärausgaben dann schon 907,292 Mrd. Euro

Das heißt bei 27,786 Mrd. Euro offiziellen Militärausgaben 2005 geteilt durch 365 Tage (ohne Militärpensionen Rüstungsforschung etc.) sind das **tägliche Militärausgaben von 76,077 Millionen Euro**.

Weil alles kreditfinanziert wurde mussten 2005 **nur vom Bund 39,671 Mrd. Euro** an Zinsen gezahlt werden. Das sind zusätzlich **108,687 Millionen Euro täglich**.

Die Folge ist ein **Schuldenzuwachs** für Bund, Länder u. Gemeinden. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler sind das derzeit 2.113,00 Euro pro Sekunde oder **182,563 Millionen Euro täglich**

Quellen: Finanzbericht 2006 Stat. Bundesamt www.destatis.de Bund der Steuerzahler www.steuerzahler.de

Da das Bruttosozialprodukt eines Landes aber nur einmal ausgegeben werden kann, muss auch nach sinnvollen oder unsinnigen Ausgaben unterschieden werden.

Besonders die hohen Militärausgaben und die dafür anfallenden Kreditzinsen müssen deshalb als die eigentlichen Verursacher der Staatsverschuldung angesehen werden, ohne dass dadurch die äußere und die innere Sicherheit größer geworden ist.

Vor allem der Zeitpunkt der Wiedervereinigung und der wiederlangten Souveränität hätte zur Abrüstung und zur Staatsentschuldung genutzt werden müssen.

Für einen demokratischen, friedensorientierten Staat genügt Polizei als Ordnungsmacht.

Zukunftsorientierte Politik ist zivile Krisenprävention statt Militärinterventionen!

Hier noch der aktuellste Sanierungsversuch:

Der Bund will seinen gesamten Wohnungsbestand für 8,3 Milliarden Euro verkaufen. Das ist exakt die Summe, die für 60 Militärtransporter "A 400" ausgegeben wird.

(Zahlen und Quellen für die einzelnen Jahre senden wir Ihnen gegen 5 Euro in Briefmarken zu)

"Bündnis für die Zukunft", pazifistische Partei, gegr. 11. August 2001

www.buendnis-zukunft.de

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Die umseitige Grafik nach Quellen des Statistischen Bundesamtes zeigt eine desaströse Bilanz von über 60 Jahren deutscher Nachkriegspolitik.

Jahrzehntelang haben alle etablierten Parteien jeder Neuverschuldung bedenkenlos zugestimmt und ihre Wirtschaftskompetenz nur vorgetäuscht.

- **Dazu der frühere Finanzminister Eichel am 9. 11. 2000:** „Wir tilgen überhaupt nichts. Seit Jahrzehnten nicht eine einzige Mark. Wann immer ein Kredit fällig wird zur Rückzahlung, nehmen wir einen neuen Kredit auf, um den alten abzulösen. Wir bauen Schulden auf Schulden und nehmen Kredite am Schluss auf, um die Zinsen für die Schulden bezahlen zu können.“
- **Auch Kanzlerin Merkel sind diese Zusammenhänge bestens bekannt. Noch am 7. 9. 2005 erklärte sie im Bundestag:** „Schon heute zahlen wir in jedem Jahr fast 40 Milliarden Euro Zinsen im Bund. Das ist eine Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generationen. Das ist die Wahrheit!“

67,54 Mrd. Euro Steuergelder mussten deshalb in Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2005 nur an Zinsen für die 1,5 Billionen Staatsschulden gezahlt werden.

- Dieser Zintribut könnte das Bundesland Berlin sofort komplett entschulden!

Auch Regierungspolitiker wissen, dass diese Zinszahlungen vor allem eine „Geld-Reform“ erfordern, um wieder handlungsfähig zu werden.

- Trotzdem soll die „Haushaltssanierung“ weiterhin durch fortgesetzten Sozialabbau, „Privatisierungen“ und Steuererhöhungen, für Normalbürger u. **Steuerentlastungen** für die Wirtschaft erfolgen.
- Die umseitigen Zahlen belegen die Aussichtslosigkeit dieses Vorhabens.

Der „Privatisierungserlös“ aus dem Notverkauf bundeseigener Wohnungen wird innerhalb von 77 Tagen (77x108,687 Mio. = 8,368 Mrd. Euro) als Zinsen ebenso auf die Konten der Kapitaleigner fließen, wie bei anderen Privatisierungen.

- Wie lange können diese Finanztricks den Staatsbankrott noch hinauszögern?

Das Schweigen aller „Volksparteien“ und vieler Sozialverbände zu diesen Fragen muss endlich beendet werden. Der Frage ob die Kapitalabschöpfung (Zinsen) von einem gesetzlichen Zahlungsmittel verfassungsgemäß (Art. 14, 15 und 20a des Grundgesetzes) ist darf nicht länger ausgewichen werden.

Sie entscheiden bei allen kommenden Wahlen darüber ob unser hochverschuldetes Land entweder seine Sozialsysteme sichert oder die Militärausgaben weiter steigert um das profitsuchende Kapital zu befriedigen.

Bitte konfrontieren Sie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialinitiativen mit diesen Zahlen über die Staatsverschuldung.

- Fragen Sie was eine „private Altersvorsorge“ nach einer Währungsreform noch wert sein wird, oder wie sonst die 1,5 Billionen Schulden getilgt werden sollen.
- Fragen Sie auch, wann die **steigenden** "Kapital"-Renten die **sinkenden** Bundeszuschüsse für versicherungsfremde Leistungen der Sozialrenten übersteigen werden.

- **Leistungslose Kapitaleinkommen sind legalisierter Diebstahl !**

Unterstützen Sie deshalb das „Bündnis für die Zukunft“, durch aktive Mitarbeit und Mitgliedschaft, damit die überfällige Geldreform realisiert wird und die weltweiten „Militär Interventionen“ beendet werden.

- Der Bundesvorstand -

„**Bündnis für die Zukunft**“, pazifistische Partei, gegr. 11. August 2001

www.buendnis-zukunft.de